

II-9460 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Republik Österreich



Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

4260 /AB

1993 -04- 21

zu 4448 /J

Wien, am 19. April 1993  
GZ: 10.101/117-X/A/5a/93

Herrn  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 W i e n

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr.  
4448/J betreffend ältere Arbeitslose, welche die Abgeordneten  
Petrovic, Freunde und Freundinnen am 10. März 1993 an mich rich-  
teten , stelle ich fest:

Punkt 1 der Anfrage:

Wieviele Personen über 40 Jahre wurden in den letzten fünf Jahren  
in Ihrem Bereich eingestellt? (Gegliedert nach den einzelnen  
Jahren)

Antwort:

Im Ressortbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche  
Angelegenheiten wurden in den Jahren 1988-1992 699 Personen über  
40 Jahre eingestellt und zwar:

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 2 -

im Jahre 1988	92 Personen
im Jahre 1989	82 Personen
im Jahre 1990	223 Personen
im Jahre 1991	120 Personen
im Jahre 1992	182 Personen

**Punkt 2 der Anfrage:**

Wieviele Personen wurden insgesamt im gleichen Zeitraum eingestellt?

**Antwort:**

Im gleichen Zeitraum wurden - unabhängig von dem Umstand, ob Bedienstete in der Zwischenzeit wieder ausgeschieden sind - insgesamt 3357 Personen eingestellt.

**Punkt 3 der Anfrage:**

Wie teilen sich diese Zahlen auf Frauen und Männer auf?

**Antwort:**

a) Von den insgesamt 699 Personen über 40 Jahre waren:

im Jahre 1988	46 Männer und 46 Frauen
im Jahre 1989	51 Männer und 31 Frauen
im Jahre 1990	137 Männer und 86 Frauen
im Jahre 1991	65 Männer und 55 Frauen
im Jahre 1992	108 Männer und 74 Frauen

b) Von den insgesamt 3357 aufgenommenen Personen waren:

im Jahre 1988	419 Männer und 218 Frauen
im Jahre 1989	493 Männer und 225 Frauen

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 3 -

im Jahre 1990	363 Männer und 217 Frauen
im Jahre 1991	404 Männer und 261 Frauen
im Jahre 1992	476 Männer und 281 Frauen

**Punkt 4 der Anfrage:**

Besteht für diese Personen noch die Möglichkeit ins Beamtenverhältnis übernommen zu werden? Wenn nein, warum nicht?

**Antwort:**

Im Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, BGBl.Nr. 333, ist grundsätzlich eine Altersbeschränkung für die Aufnahmen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis vorgeschrieben. Im Vertragsbedienstetengesetz 1948 ist keine Altersgrenze für die Aufnahme in den öffentlichen Dienst vorgesehen.

**Punkt 5 der Anfrage:**

Wenn ja, wieviele der betroffenen Personen wurden ins Beamten-dienstverhältnis übernommen?

**Antwort:**

Von den (unter Punkt 1) erwähnten 699 Arbeitnehmern wurden 17 Personen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommen.

**Punkt 6 der Anfrage:**

Wieviele von allen eingestellten Personen wurden ins Beamten-dienstverhältnis übernommen?

Republik Österreich

  
Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 4 -

**Antwort:**

Von den (unter Punkt 2) angeführten 3357 Arbeitnehmern wurden 138 Personen in das öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis übernommen.

**Punkt 7 der Anfrage:**

Welche Maßnahmen wurden oder werden von Ihnen gesetzt, um eine vermehrte Einstellung von Personen über 40 Jahren zu gewährleisten?

**Antwort:**

Bei den Ausschreibungen für die Aufnahme in den Dienst des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten ist - um dem Problem der steigenden Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmer zu begegnen - grundsätzlich keine Alterbegrenzung vorgesehen. Hierdurch können auch die von älteren Arbeitnehmern bisher erworbenen Fachkenntnisse wieder gezielt eingesetzt werden.

**Punkt 8 der Anfrage:**

Seitens des Bundeskanzleramtes ist ein Durchführungsrundschreiben zum Ausschreibungsgesetz ergangen, mit welchem auf die Bedeutung des Nachweises einer entsprechenden Berufspraxis hingewiesen wurde. Welche Möglichkeiten gibt es, eine entsprechende Berufspraxis auch entsprechend finanziell zu entlohnen und geleistete Vordienstzeiten in ihrem vollem Umfang anzurechnen?

**Antwort:**

Grundsätzlich kommen Tätigkeiten, die in der Privatwirtschaft durchgeführt wurden, bei der Ermittlung des Vorrückungstages

Republik Österreich

Dr. Wolfgang Schüssel  
Wirtschaftsminister

- 5 -

nur zur Hälfte zur Anrechnung. Sofern diese Tätigkeit für die erfolgreiche Verwendung des Bediensteten von besonderer Bedeutung ist, kann diese im öffentlichen Interesse bis zu einem bestimmten Höchstausmaß auch zur Gänze berücksichtigt werden.

**Punkt 9 der Anfrage:**

Wie sieht die derzeitige Regelung bzw. Praxis bei der Anrechnung von Vordienstzeiten, insbesondere in der Privatindustrie aus?

**Antwort:**

Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelten unabhängig vom Lebensalter beim Eintritt in den Bundesdienst die Bestimmungen über die Anrechnung von Vordienstzeiten nach § 12 Gehaltsgesetz 1956 bzw. § 26 Vertragsbedienstetengesetz 1948.

Demnach werden Zeiten eines Beschäftigungsverhältnisses in der Privatwirtschaft oder bei einem anderen Arbeitgeber als einer Gebietskörperschaft (Bund, Länder, Gemeinden) bzw. Zeiten ohne Beschäftigung generell zur Hälfte angerechnet.

Zeiten eines Präsenz- oder Zivildienstes, im Entwicklungshilfedienst oder Schul- und Studienzeiten werden nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Gänze angerechnet.

